138a 36. Jahrgang

Parlaments-Ausgabe

Berlin, 17. März 1907

Berliner Tageblatt

Haus der Abgeordneten.

35. Sitzung vom 16. März.

(Fortsetzung aus der Abend-Ausgabe.)

Ministerialdirektor **Schwartzkopff** (fortfahrend)

geht auf den Lehrermangel ein. Der Lehrermangel hat seinen Grund nicht in den Verhältnissen der Schulaufsicht, auch nicht in der Bevölkerungszunahme, sondern in der Bevölkerungsverschiebung, in dem kolossalen Anwachsen der großen Städte und Industriezentren und in dem relativen Stillstande des flachen Landes. Aber die Unterrichtsverwaltung ist mit aller Energie bestrebt, dem Lehrermangel entgegenzutreten. In den sieben Jahren, daß Herr v. Studt an der Spitze der Unterrichtsverwaltung steht, ist die Zahl der Lehrerbildungsstätten von 127 auf 156 gestiegen. Auch die Zahl der unbesetzten Lehrerstellen hat sich schon erheblich verringert. Im Jahre 1871 gab es in Preußen 48,000 Lehrerstellen, davon waren 4 Prozent unbesetzt, im Jahre 1877 waren von 55,000 Lehrerstellen 7 Prozent unbesetzt — das war am Ende der Tätigkeit des Ministers Falk —, 1881 waren von 61,000 Lehrerstellen 4 Prozent unbesetzt und 1906 von 86,000 nur 3,5 Prozent. Der Lehrermangel ist also zurückgegangen, und zwar infolge der dankenswerten Tätigkeit des gegenwärtigen Herrn Kultusministers. (Gelächter links.) Es kommt hinzu: wenn jemand das Bedürfnis, die Lücke zwischen Schule und Heer auszufüllen, richtig erkannt hat, so ist es Herr v. Studt gewesen durch seine lebhafte Förderung des Fortbildungsschulwesens. Es ist durchaus unbegründet, wenn Herr v. Zedlitz der Regierung vorwirft, daß sie für die Kulturentwickelung des Volkes nicht genug tut. Der Minister hat kein Wort davon gesagt, daß er die Forderungen des vorliegenden Antrages ad calendas graecas vertagen will, er hat im Gegenteil anerkannt, daß er von der Wichtigkeit der Frage durchaus überzeugt sei. Die Mängel in der Organisation der Schulverwaltung empfindet niemand so lebhaft wie der Minister selbst; sie bilden den Gegenstand eingehender Prüfung. (Lachen links und bei den Freikonservativen.) Der Minister hat nur gesagt, daß man gerade in dieser Zeit, wo das Schulunterhaltungs- und Lehrerbesoldungsgesetz durchzuführen sei, nicht noch durch andere Dinge in die ausführenden Organe ein Gefühl der Unsicherheit hineintragen würde. Der Minister hat weiter zugesagt, daß, sobald das Schulunterhaltungsgesetz durchgeführt sein werde, die Regierung der in diesem Antrage erhobenen Forderung nähertreten werde. Ich meine, mit dieser Berichtigung der Irrtümer des Herrn v. Zedlitz entfallen seine weiteren Ausführungen ganz von selbst. (Beifall rechts, Unruhe links.)

Abg. **Ernst** (fr. Vg.)

erklärt, daß er auf weitere Ausführungen zu dem Thema verzichten könne. Er bittet, den Antrag anzunehmen.

Kultusminister Dr. **v. Studt**:

Der Abg. Freiherr v. Zedlitz hat es als meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit hingestellt, die der Antrag behandelt, zu prüfen. Ich möchte ihn aber darauf hinweisen, was ich bereits auf dem Gebiete der Schulverwaltung getan habe; denn ich fühle mich durch seine Worte veranlaßt, von meiner bisherigen Tätigkeit Rechenschaft zu geben. Als ich am 2. September 1899 das Amt des Kultusministers übernahm, war ich mir klar, eine Aufgabe von schwerster Verantwortlichkeit auf meine Schultern zu nehmen. Eines der schwierigsten Gebiete meines Ressorts war die Schulverwaltung. Seit dem Jahre 1867, also seit nahezu 40 Jahren habe ich aber Gelegenheit gehabt, mit den Fragen der Volksschule mich beschäftigen zu können in meiner Stellung als Landrat. Ich habe mir die Volksschulen angesehen und jahrelang so viel für sie in meinem Kreise getan, daß der Minister Falk Veranlassung nahm, mir die schwierige Aufgabe zu überweisen, in mehreren Kreisen das Schulwesen zu revidieren. Auch späterhin nahm ich die Revision zahlreicher Schulen auf Veranlassung des Provinzialschulkollegiums vor. Sie werden also nicht leugnen können, daß mir einige Erfahrungen zur Seite stehen. Meine Tätigkeit in der Provinzialschulverwaltung war von Erfolg begleitet. Mit geradezu übermenschlichen Anstrengungen habe ich meine Aufgabe zu erfüllen gesucht.

Als ich mein Amt übernahm, war ich im Klaren, daß der zweifellos vorhandene Lehrermangel der Ausgangspunkt der größten Mißhelligkeiten werden könne. Die Befürchtung ist dann später durch die Verschiebung der Bevölkerung, namentlich durch die Anhäufung großer Volksmassen in Arbeiterbezirken in stets steigendem Maße zu Tage getreten. Vom ersten Augenblick an war es mir klar, daß die bisherige Praxis fallen gelassen werden müßte, und ich bin mit entsprechenden Vorschlägen auch an das Abgeordnetenhaus herangetreten, und habe soweit als möglich Abhilfe geschaffen. Ferner gelang es mir, nach dreimonatlichen schwierigen Verhandlungen das Gesetz über die Fürsorge für die Witwen- und Waisen der Lehrer zur Verabschiedung zu bringen. Es wurden grundsätzliche Bedenken dagegen geltend gemacht, so daß ich beinahe verzichten mußte, die Verabschiedung des notwendigen Lehrerunterstützungsgesetzes zu erreichen. Außerdem gelang mir die weitere Ausgestaltung der Organisation der evangelischen Landeskirche. Dieser Punkt liegt zwar auf kirchlichem Gebiete, aber es handelt sich nicht nur um eine organische, sondern auch politisch sehr schwierige Materie, die glücklich gelöst worden ist. Im November 1900 ist die Neuordnung des gesamten höheren Schulwesens, der Gymnasien, Oberrealschulen durchgeführt worden, die Durchsetzung dieses Gesetzes ist nur nach außerordentlichen Schwierigkeiten gelungen. Das Gesetz hat sich aber sehr segensreich bewährt, und an den Grundlagen und an der Art der Ausführung sind noch keine Mängel hervorgetreten. Eine Neuordnung der Lehrpläne ist von mir in die Hand genommen worden. Auch eine einheitliche Rechtschreibung, eine deutsche Orthographie habe ich von Memel bis zum Fuße der Alpen durchgeführt. (Heiterkeit.) Dadurch ist eine Verwirrung beseitigt worden, die seit mehr als hundert Jahren bestanden hat. Eine große Anzahl von Fortbildungsakademien wurde gebildet. Das Gesetz betreffend die Erhebung von Kirchensteuern ist erlassen worden, ferner das Gesetz betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten.

Sie mögen also urteilen, wie Sie wollen, Sie müssen doch anerkennen, daß das Kultusministerium in den sieben Jahren meiner Leitung eine treue und erfolgreiche Arbeit geleistet hat. (Beifall rechts.) Eine Arbeit, die, wie ich glaube, nicht bloß den Wünschen der konservativen Parteien und der Zentrumspartei entsprochen hat, sondern auch mit den Wünschen der übrigen Parteien übereinstimmt. Es sind mit der Zustimmung der linken Parteien manche Gesetze geschaffen worden. Jahr für Jahr sind wir Schritt für Schritt vorwärts gekommen. Auch die Summen, die in diesem Etat eingestellt sind, zeigen, daß wir weiter vorwärts schreiten. (Beifall rechts.) So sieht die Tätigkeit aus, die ich geleistet habe. Meine Schwäche kenne ich genau. Ich muß aber für die treue Arbeit meiner Räte in Anspruch nehmen, daß diese sieben Jahre nicht vergeblich gewesen sind, daß sie einen Erfolg hervorgebracht haben, den man früher nicht erhofft hatte. (Beifall rechts.) Im Tenor stimme ich mit den Wünschen des Freiherrn v. Zedlitz überein. Wenn die Erfahrungen aus dem Volksschulunterhaltungsgesetz abgeschlossen sein werden, dann wird auch ernsthaft an die Aufgabe herangegangen werden, die diesem Antrage zugrunde liegt. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Schiffer** (natl.):

Die Antwort, die der Minister gestern auf meine Ausführungen gegeben hat, entsprach nicht dem, was ich gesagt habe. Der Minister hat die Motive des Gesetzes von 1872 nicht gewürdigt. Der gegenwärtige Zustand entspricht nicht den Wünschen der Lehrer, noch den Bedürfnissen der Schulen. Warum macht man die neue Basis nicht in unserem Sinne der Schule dienstbar? Die Erklärung des Ministers war gestern so undeutlich wie nur möglich. (Sehr richtig! links.) Jetzt erklärt er, er wolle nach den Erfahrungen des Schulunterhaltungsgesetzes die Materie des Antrages prüfen. Davon hat er gestern nichts gesagt. Materiell war das, was er uns gegeben hat, ein Nichts und noch weniger als ein Nichts. Der erste Teil seiner Rede war polemisch, der andere Teil programmatisch. Der erste Teil war völlig ablehnend, der zweite Teil war vielfach mehr zurückzuführen auf Erwägungen allgemeiner Natur, mehr auf die Notwendigkeit, ein Entgegenkommen zu zeigen, als auf sachliche Ueberzeugung. Daß wir eine runde Absage vom Zentrum erhalten haben, das ist klar. Denn das Zentrum steht in der Schulfrage auf anderer Weltanschauung als wir. Und daß es jeden Ausbau der Staatsgewalt auf dem Schulgebiete bekämpft, ist auch selbstverständlich. Darüber läßt sich nicht rechten. Darauf waren wir gefaßt. Hier steht Weltanschauung gegen Weltanschauung. Ganz anders ist die Stellungnahme der Konservativen. Wenn ich den Kern der Rede des Herrn Heckenroth mir ansehe, so finde ich darin eine außerordentliche Unterschätzung des technischen Gehalts der Schule. Die Geistlichkeit soll berufen sein, die Aufsicht der Schule zu übernehmen, weil sie ja auch die Jugend zu erziehen habe. Aber die erzieherische Aufgabe der Kirche ist eine ganz andere, als die technisch-pädagogische Aufgabe der Lehrer. Und weil die Kirche auch erzieht, kann doch nicht gefolgert werden, daß sie nun auch dazu berufen ist, über die Lehrer die Aufsicht zu führen. Dann könnte man ja mit demselben Rechte auch den Eltern gestatten, bei der Schulaufsicht mitzuwirken. Diese Unterschätzung des Technischen zeigt sich darin, daß Herr Heckenroth ohne weiteres die Befähigung des Geistlichen zur Aufsicht bejaht. Daß er sie nicht bloß im Religionsunterricht, sondern im allgemeinen für berufen hält, die Leitung über die Lehrer zu übernehmen. Er hat zum Beispiel übersehen, daß die Vorbildung der katholischen Geistlichen ganz ohne Einfluß des Staates geschieht, und daß der Staat gar nicht wissen kann, ob sie für die Leitung vorbereitet werden oder nicht. Wenn das Wissen nicht da ist, ist der beste Wille vergeblich angewendet. Viele Geistliche, die in ehrlichem Ringen nach der Wahrheit forschen, wollen die Schulaufsicht nicht haben, weil sie wissen, daß der Wille, die Arbeit zu leisten, wohl da ist, aber nicht die Kraft. Sie geraten dann in einen bedauerlichen Zwiespalt. So hoch wir den Religionsunterricht stellen, so wollen wir doch nicht, daß alle anderen Gegenstände nur eine Zutat dazu sein sollen. Der Antrag kann durchgeführt werden, ohne daß dieser Punkt jetzt schon zur Erörterung kommt. Wir haben viele Schulen, die nur unter weltlicher Aufsicht stehen, und sie stehen nicht schlechter da als die, die unter geistlicher Aufsicht sind. Die Umgestaltung in der Organisation ist eine dringende Notwendigkeit. Ich halte es nicht für richtig, daß man meine Worte in Hannover gegen mich ausspielt, sie stehen nicht im Gegensatz zu dem, was ich jetzt sage. Ich glaube nicht, daß die ganze Schulfrage hier gelöst werden kann. Es müssen die Gebiete ausgelöst werden, die zu Differenzen Anlaß geben. Denn daß Gegensätze zwischen uns bestehen, das ist klar. Wenn ich in Hannover gesagt habe, daß die Loslösung der Volksschule von der Kirche zu erstreben sei, so entspricht das unserem Programm. Ich wünschte, der Kirche einen starken Einfluß auf die Schule zu gewähren. Das haben wir ja auch im Volksschulunterhaltungsgesetz getan, das mit unserer Mitwirkung geschaffen worden ist. Wir wollen nicht die allgemeine Herrschaft der Kirche über die Schule, die Herrschaft des Religionsunterrichts über die anderen Gegenstände. (Beifall links.) Wir geben der Kirche, was ihr nach Maßgabe des Religionsunterrichtes gegeben werden kann und muß. Aber allen Interessen der Schule müssen wir gleichmäßig entgegenkommen. (Beifall links.) Alle diese Fragen müssen von der allgemeinen politischen Lage aus, in der wir uns gegenwärtig befinden, gewürdigt werden. Es hängt davon ab, ob die allgemeine Grundlage der Politik, die von dem Reichskanzler vorgezeichnet worden ist, auch hier Geltung hat. Wir meinen, daß es nicht möglich ist, im Reiche andere Politik zu treiben als in Preußen. (Lebhafte Zustimmung links.) Man kann nicht bloß im Reiche Grundsätze anerkennen und betreiben und im preußischen Landtage sie völlig beiseite schieben (Beifall links.) Wenn der Reichskanzler liberalen Wünschen entgegenkommen will, so kann er das nicht bloß im Reiche tun. Auch im preußischen Landtag muß er dann solche Ansichten vertreten. Wo sollen wir diesen Grundsatz verspüren? Zeigen Sie uns einen anderen Gegenstand in unserer Politik als diesen, der geeigneter wäre. Wo soll dieser Grundsatz sonst betätigt werden? Ich hätte gewünscht, daß Herr Heckenroth seine Scheu vor politischen Fragen abgelegt und uns darauf geantwortet hätte, denn es ist ein Widerspruch der allgemeinen politischen Grundfragen, wenn die Konservativen auf diesen Antrag jetzt so eine einfache runde Absage geben. Das Interesse des preußischen Abgeordnetenhauses verlangt es aufs dringendste, daß wir nicht als rückständig angesehen werden, sondern daß wir möglichst vorwärts schreiten.

Zum letzten Ende kommt es da hinaus, daß wir nicht bloß eine Personalunion haben von Ministerpräsidenten und Reichskanzler, sondern daß aus geschichtlichen und tief innerlichen Gründen ein Zusammenhang besteht zwischen der Politik des Reiches und der Preußens. Die Rücksicht auf die allgemeinen politischen Interessen muß den stärksten Anlaß geben, uns hier entgegenzukommen. Ich fürchte, die Haltung der Rechten in dieser Frage ist nicht im Interesse der Schule und der allgemeinen politischen Lage, die jetzt geschaffen ist. (Beifall links.)

Abg. Dr. **v. Heydebrand** (kons.):

Der Vorredner hat Töne einer sehr hohen Politik angeschlagen. Er hat nicht nur Fragen an die preußische Regierung gerichtet, sondern auch an den Reichskanzler, wie er über seine Politik denkt. Die Antwort wird ihm wohl der Reichskanzler selbst erteilen. Ich will nur das eine aussprechen, daß ich es nicht für einen selbstverständlichen Satz halte, nicht einmal für einen glücklichen, wenn man die Dinge der Reichspolitik hier ohne weiteres übertragen will auf unsere Geschäfte im Abgeordnetenhause. (Beifall rechts.) Wohin soll das führen, wenn die Wechsel, die man für koloniale Fragen, militärische Fragen usw. im Reiche akzeptiert hat, hier honoriert werden sollen? (Beifall rechts.) Wir geraten damit in eine Verwirrung unserer etatsrechtlichen Verhältnisse, die nicht abzusehen ist.

Gegenüber der vorliegenden Materie haben wir ja die Erklärung des Ministers gehört. Sie ist der Linken nicht ausreichend. Uns scheint die Erklärung schon zu weit gegangen zu sein. (Beifall rechts.) Sie sind selbstverständlich damit nicht zufrieden, aber wir sind der Meinung, daß man Ihnen recht sehr entgegengekommen ist. Wie unser Standpunkt in der Sache ist, hat schon Herr Heckenroth ausgesprochen. Herr v. Zedlitz hat in seinen Worten etwas ganz anderes gefunden, als darin enthalten war. Ich will nicht verhehlen, daß die Art und Weise, wie der Antrag von nationalliberaler Seite begründet wurde, nicht der richtige Weg ist, um auf diesem schwierigen Gebiet zu einer Verständigung zu gelangen. Unsere Verständigungen werden sehr erschwert, wenn ein Teil der Antragsteller, die hier Freiherr v. Zedlitz vertreten hat, in einer Weise den Standpunkt verfechten, wie das hier geschehen ist. Ein derartiger Ton gegenüber einem preußischen Staatsminister muß uns Konservative im höchsten Grade mißfallen. (Beifall rechts.) Ein solcher Ton gehört nicht hierher. Wir sind auch nicht immer einverstanden, was die Herren vom Staatsministerium tun, aber sie sind die ersten Diener des Königs und stehen in einer Stellung, daß man sie dem Lande gegenüber mit Ehrfurcht behandeln muß. (Beifall rechts.) Das liegt im Interesse des Landes. Angriffe werden nur dann berechtigt, wenn man sich als Vertreter der Mehrheit des Hauses hinstellen könnte. Aber die Herren, die da gesprochen haben, stellen ja noch lange nicht die Merheit des Hauses dar. Wir protestieren dagegen, daß hier die Minderheit kommandieren will und nicht die Mehrheit. (Beifall rechts, Lachen links.) Wenn Herr v. Zedlitz weiterhin in diesen Ton verfällt, dann macht er es uns schwer, fernerhin an Verständigungen teilzunehmen. Seine Sachkunde ist gewiß außerordentlich groß, und er hat gewiß außerordentliche Verdienste um das Zustandekommen von Verständigungen, insbesondere im vorigen Jahr. Aber wenn das in dem Ton und in der Art und Weise weiterbetrieben werden soll, wird es uns sehr schwer sein, den Weg der Verständigung noch weiter zu verfolgen. Wir sind mit der Art und Weise, wie das Kultusministerium verwaltet worden ist, einverstanden. (Beifall rechts, Lachen links.) Die Herren, die nicht einverstanden sind, werden uns doch wohl erlauben, daß wir sagen, wir sind einverstanden. (Beifall rechts.) Wir weisen darauf hin, daß es dem Minister erst im vorigen Jahre gelungen ist, durch großes Entgegenkommen und persönliche Geneigtheit ein Werk von außerordentlicher Bedeutung zu schaffen. Ich weiß nicht, ob es gelungen wäre, ein derartiges Kompromiß zusammenzubringen, wenn alle solche Feuerköpfe gewesen wären wie Herr v. Zedlitz. (Heiterkeit.) Wir sind einverstanden mit dem Minister und wünschen, daß er noch recht lange seines Amtes walten möge. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.)

Nun noch ein paar Worte über die Tätigkeit des Freiherrn v. Zedlitz hier im Hause auf dem Gebiete des Schulwesens. Wir hören hier große Reden von ihm und bekommen eine Fülle von Anregung und erfahren von Dezentralisation, von Staatsverwaltung und Schulverwaltung. Aber seine Tätigkeit bezüglich der Wünsche der Lehrer trägt doch einen Charakter, mit dem wir nicht in jeder Beziehung einverstanden sind. Wir sind alle geneigt, den Wünschen der Lehrer entgegenzukommen. Aber die Unzufriedenheit wird durch Herrn v. Zedlitz und seine Art der Vertretung der Lehrerinteressen nicht gemindert. Die Achtung vor dem höchsten Vorgesetzten wird dadurch nicht gesteigert. (Beifall rechts.)

Herr v. Zedlitz, es wird nicht lange dauern, und dann werden Sie vielleicht dort an jener Stelle sitzen. (Große Heiterkeit rechts.) Ich will dann mal sehen, wie Sie die Sache machen werden, und was Sie tun werden, wenn dann so eine Kritik kommt, wie Sie sie eben gegeben haben. Wir Konservativen wollen auch einen Fortschritt auf dem Gebiete der Schule. Wir müßten ja blind gegen unsere Zeit sein, gegen das, was unsere Kinder brauchen, die unsere besten Schätze sind, wenn wir dem Fortschritt entgegen sein wollten. Ein gesunder Fortschritt ist durchaus möglich in Anlehnung an das geschichtliche und christliche Leben unseres Volkes. Der Antrag geht darauf hinaus, den Einfluß der Kirche zu beschränken. Dafür können wir unmöglich eintreten. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Porsch** (Ztr.):

Es wird so hingestellt, als ob wir ein ganz besonderes praktisches Interesse an dieser Frage haben. Das ist durchaus nicht so. An der Kreisschulinspektion sind katholische Geistliche fast gar nicht beteiligt. Es gibt 330 Kreisschulinspektoren im Hauptamt, davon sind 63 Geistliche und von diesen kaum 2 katholische Geistliche. (Hört, hört! im Zentrum.) Mit den nebenamtlichen Kreisschulinspektoren steht es nicht viel anders. Es gibt 930 solche Stellen, unter denen 60 bis 80 katholische Geistliche zu finden sind. Etwas anders steht es mit der Ortsschulinspektion, für deren Aufrechterhaltung in geistlichen Händen wir immer eintreten werden.

Herr v. Zedlitz hat den Kultusminister hier in einer Weise angegriffen, wie das in diesem Hause einem Minister gegenüber kaum je vorgekommen ist. Wir bedauern das lebhaft. Sein Endziel ist die Trennung des Unterrichtsministeriums vom Kultusministerium. Man weist immer auf die Tätigkeit des neuen Schulvorstandes hin. Diese kann doch aber nicht die Ortsschulaufsicht des Geistlichen ersetzen. In der Schuldeputation ist der Geistliche nur ein einziger, der von den anderen überstimmt werden kann.

Wir erstreben keine Herrschaft der Kirche über die Schule, aber wir wollen, daß die Kirche in Uebereinstimmung mit dem Staat die Jugend erzieht. Gewiß gibt es auch in katholischen Lehrerkreisen Männer, welche die fachmännische Schulaufsicht fordern, aber keinem von ihnen fällt es ein, dadurch die Rechte der Kirche kürzen zu wollen; vor allem fordern auch sie, daß die Leitung und Erteilung des Religionsunterrichts den Geistlichen übertragen und ihnen ein Mitaufsichtsrecht auch im übrigen eingeräumt wird. In einem Artikel eines nationalliberalen Blattes, der die Aufschrift trug „Geistliche Ortsschulaufsicht als Hauptquelle der ultramontanen Macht" wird auseinandergesetzt, die Landbevölkerung müsse mündig gemacht werden durch ihre Befreiung von der geistlichen Schulaufsicht. Demgegenüber meine ich, die Erfahrungen, die unser Staat mit dem Mündigmachen der Arbeiter gemacht hat, kann einem vorsichtigen Staatsmann nicht gerade dazu ermutigen, auch die Landbevölkerung mündig zu machen. (Sehr richtig! rechts.) Freilich Sie (links) befürworten ja den Antrag nach Ihrem „nationalen" Standpunkt. Dieses Jonglieren mit dem Begriff „national" scheint jetzt bei Ihnen so mode zu werden. Es hat mich wunder genommen, gerade aus dem Munde des Vertreters der freisinnigen Volkspartei diesen Ausdruck zu hören. Er hat es doch selbst oft genug erlebt, wie die Bestrebungen seiner Partei als antinational hingestellt wurden. (Sehr gut! im Zentrum.) Aber seitdem Sie nationale Musterknaben geworden sind, reden Sie natürlich anders. (Große Heiterkeit im Zentrum.) Meine Partei hat mit dafür gesorgt, daß die schwierige Frage der Schulunterhaltung endlich in eine gesetzliche Regelung gebracht ist. Wir haben keine Nebenregierung etabliert, wir haben nicht an den Besprechungen hinter den Kulissen teilgenommen, wir haben keine Ansprüche formuliert, sondern wir haben im Interesse des Vaterlandes das Schulunterhaltungsgesetz verabschiedet. Unsere Parteigenossen wären vielleicht in der Lage, uns Vorwürfe darüber zu machen, daß wir in dieser selbstlosen Weise auch auf andere Forderungen verzichtet haben. Denn was war der Dank für unsere Haltung? Man hat uns vorgeworfen, wir bildeten eine Nebenregierung. Wie wenig begründet dieser Vorwurf ist, das ist jetzt glänzend erwiesen. Wir haben uns keines Kuhhandels mit der Regierung schuldig gemacht. Aber Beispiele, wie das andere getan haben, sind in nicht geringer Zahl vorhanden. Herr Schiffer kommt jetzt und verlangt die Ausstellung eines Wechsels, für den die Valuta vom Liberalismus noch nicht gezahlt ist. (Heiterkeit und Zustimmung im Zentrum.) Hätte er einfach die fachmännische Schulaufsicht verlangt, dann hätte sich sachlich über diese Forderung debattieren lassen. Wenn aber im selben Augenblick betont wird, es handle sich nur um einen ersten Schritt, die Schule von der Kirche zu trennen, dann müssen wir a limine dem Antrag entgegentreten. (Lebhafte Zustimmung und Beifall im Zentrum und rechts.)

Abg. Freiherr **v. Zedlitz** (freik.)

spricht so leise, daß er selbst von den Nächststehenden nicht verstanden wird. Hundertfältige Zurufe, lauter zu sprechen, fruchteten nichts. Im Gegenteil, der Redner scheint sie aber zum Anlaß zu nehmen, noch leiser zu sprechen. Immerhin ist ungefähr folgendes zu verstehen;